

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38

Sonnabend, den 19. September 1925

29. Jahrgang

Zwölfter Deutscher Gewerkschaftskongress in Breslau.

(Schluß.)

Die deutsche Wirtschaft. — Die Wirtschaftsdemokratie.

Der Gewerkschaftskongress erreichte einen besonderen Höhepunkt, als der Professor Genosse Dr. Fernberg-Leipzig über die deutsche Wirtschaft sprach. Es ist falsch, die Krisen der heutigen Wirtschaft als durch Krieg und Nachkriegszeit zu erklären und unabänderliche Tatsachen aufzufassen. Trotz Krieg und Inflation ließe sich vieles ändern. Festzuhalten ist vor allen Dingen, daß wir heute keinen Rohstoffmangel, sondern in der Hauptsache Abnahmewierigkeiten zu verzeichnen haben. Entscheidend für den Lebenspielraum ist die Rohstoffbasis nicht, auch nicht die politische Machtlosigkeit trägt daran die Schuld. Die Krise der Wirtschaft wird in der kapitalistischen Auffassung weiter darauf zurückgeführt, daß die deutsche Wirtschaft mit Lasten aller Art beladen sei. Diese Vorbelastung sei es, so erklärten sie, die den Produktionsprozeß ungeheuer erschweren. Demgegenüber ist festzustellen, daß andere Länder weit mehr eine Steigerung der öffentlichen und sozialen Lasten zu verzeichnen haben, als dies in Deutschland der Fall ist. Diese beträgt in England das Vierfache, in Amerika das Fünffache und in der Schweiz das Dreifache.

Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch den Friedensvertrag und die sozialen Abgaben wird aber reichlich ausgeglichen durch die verhältnismäßig niedrigen deutschen Löhne. Während wir in anderen Ländern eine Steigerung der Goldlöhne bis zu 300 Proz. zu verzeichnen haben, weist der deutsche Goldlohn von heute nur eine Steigerung auf 156 Proz. für ungelernete und auf 132 Proz. für gelernte Arbeiter auf. Weiterhin kann man eine Steigerung der Goldlöhne um 50 Proz. annehmen. Die Ersparnisse der Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber den europäischen Durchschnittskongressen beträgt 33 Bg. pro Stunde für den gelernten und 20 Bg. für den ungelerneten Arbeiter. Für die Gesamtheit der Industriearbeiter Deutschlands berechnet, macht dies eine Ersparnis von 8 Milliarden Mark im Jahre aus. Selbst bei Annahme von Fehlerquellen könne immer noch eine Ersparnis von 4 Milliarden Mark auf das Entlastungskonto verbucht werden. Die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft wird durch diese Tatsache vollständig aufgehoben.

Der Grund der deutschen Konkurrenzlosigkeit liegt einzig und allein in der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Produktionsbetriebe. Die Unternehmer versuchen die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, einesteiils durch die Monopolisierung des Inlandmarktes und durch das einfache aber gefährliche Mittel: Herabsetzung der Löhne. Die Gewerkschaften sind berufen, dem mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten, deshalb ist es notwendig, den Kampf um Erhöhung der Löhne zu führen und vor allem die lange Fixierung der gegenwärtigen Lohnhöhe durch Tarifverträge zu verhindern. Die Preisabbaufaktion der Regierung setzt Verhältnisse voraus, die heute absolut nicht gegeben sind, weshalb sich die Aktion zu einer Komödie auswirkt. Ein Preisabbau ist in einer ungezügelter Wirtschaft unmöglich. Die Gewerkschaften dürfen sich von solchen Aktionen von ihrem gerechten Kampfe um kurzfristige fixierte Löhne nicht abhalten lassen.

Von einer Wirtschaftsführung, die mit Betriebsführung durchaus nicht identisch ist, kann heute in Deutschland nicht gesprochen werden. Die kapitalistische Wirtschaft ist heute anarchischer denn je. Demgegenüber ist es ein erhebendes Gefühl, den großen Faktor der Volkswirtschaft, die Arbeit, geschlossen in den Gewerkschaften zusammengefaßt zu sehen. Die Gewerkschaften schützen hier eines der wertvollsten Güter der Wirtschaft, und ihre Aufgabe ist und bleibt es, den Kampf um den Lohn und die Freizeit der Arbeiter zu führen. Der bessergestellte Arbeiter hat sich noch immer als der beste Kämpfer erwiesen. Der Mensch muß gegen die Wirtschaft der Unternehmer verteidigt werden, die Gewerkschaften sind die einzige Macht, diesen Kampf zu führen.

Die Frage der Wirtschaftsdemokratie wurde vom Kollegen Hermann Jäckel (Textilarbeiter-Verband) behandelt. Man kann nicht von einer nur deutschen Krise sprechen, sondern muß erkennen, daß diese Krise international ist. In allen Ländern hat es sich gezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft zur Überwindung dieser Krise unfähig ist. Man verlange überall, besonders in Deutschland, eine Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit. Dies führt dazu, daß die Mechanisierung, wie wir sie in Amerika sehen, ungeheure Fortschritte macht. Doch in dieser Mechanisierung, wie sie von Taylor und Ford entwickelt wurde, kann nie und nimmer das Heil der Menschheit gesehen werden. Vielmehr muß die persönliche Energie des einzelnen Arbeiters zur Ausbildung gelangen. Darüber hinaus muß eine Demokratisierung der Wirtschaft erstrebt werden. Diesem Bestreben setzen die Unternehmer den heftigsten Widerstand entgegen. Mit desto größerem Nachdruck ist eine Wirtschaftsdemokratie von der Arbeiterschaft zu fordern. Es ist notwendig darauf hinzuweisen, daß dies nur im scharfen Kampfe mit dem Unternehmertum zustandegebracht werden kann. Doch man sollte sich über eins nicht im Unklaren sein, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft nur von einer intellektuell geschulten Arbeiterschaft verwirklicht werden kann. Die Arbeiterschaft muß den Wirtschaftsprozess mit ihrem Geiste zu durchdringen versuchen.

Aber noch andere Wege sind beschritten worden, und hier ist besonders auf die praktische Wirtschaftsführung durch die Arbeiter in den Konsumgenossenschaften, in der Bauhüttenbewegung und den Arbeiterbanken zu verweisen. Ein anderer Weg, die Demokratisierung der Wirtschaft zu erreichen, ist die Einflugsnahme des Staates und der Kommunen auf wirtschaftliche Betriebe. Doch darüber hinaus muß die Errichtung eines Wirtschaftsparlamentes gefordert werden. In Deutschland bestehen 156 Handels- und Wirtschaftskammern der Unternehmer. Hier befinden sich teilweise die Schalthebel der Wirtschaft, und die Arbeiterschaft muß versuchen, durch paritätische Teilnahme hier Einfluß zu gewinnen. Die arbeitenden Massen Deutschlands müssen ein gleichberechtigtes Glied der Wirtschaft und Gesellschaft sein. Neben dem demokratischen Staat muß eine demokratische Wirtschaft errichtet werden. Von dieser Plattform aus ist der Sozialismus leichter zu erringen.

Die Diskussion über diese zwei großen Fragen stand auf einer bemerkenswerten Höhe. Das bereits von den beiden Referenten vorgebrachte Material wurde noch wesentlich durch die Diskussionsredner ergänzt. Kollege Eggert wies besonders auf die außer-

ordentlich wichtige Frage der Zollgesetzgebung hin, wodurch bewiesen sei, daß eine wirtschaftspolitische Führung in Deutschland in dieser Frage dennoch vorhanden ist. Die Zollgesetzgebung ist eine große Lohnbewegung der bestehenden Klasse. Das der Öffentlichkeit unterbreitete Zahlenmaterial über die passiv Handelsbilanz ist falsch. Gefährlich ist deshalb, durch Einschränkung des Verbrauchs und eine ungesunde Steigerung des Exports den Ausgleich der Handelsbilanz herbeizuführen. Die Kollegen Umbreit, Tarnow und Robert Schmitt machten noch bemerkenswerte Ausführungen. Die Frage wurde scharf umstritten, ob man reine Arbeiterkammern oder paritätische Belegung der Unternehmerkammern fordern soll. Der Kongress entschied sich durch Annahme der Entschließung des Bundesvorstandes, die paritätische Kammern vorseht.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland

wurde vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hermann Müller in einem erschöpfenden Referat behandelt. Die Sozialpolitik ist, wie alle Geleze eines Landes, von den politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen abhängig. In der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein Stillstand eingetreten. So ist das Tarifrecht noch nicht weiter ausgebaut worden. Haben doch sogar Gerichte auch Wertsverträge als gültig erklärt. Ein Wertsvertrag darf unter keinen Umständen Tarifgesetzen bekommen, das muß hauptsächlich von den Betriebsräten beachtet werden. Das Schlichtungswesen hat zu Mißbilligkeiten Anlaß gegeben, namentlich seitdem die Verbindlichkeitserklärungen so einseitig erfolgen. Hier muß darauf gedrungen werden, daß der soziale Geist das beherrschende Motiv wird. Bezüglich der Arbeitsgerichte liegt ein neuer Entwurf der Regierung vor. Die Wünsche der Gewerkschaften sind hier wenig berücksichtigt worden. Wenn sich die Arbeiterschaft genügend Macht und Einfluß zu verschaffen versteht, kann das Gesetz bei der endgültigen Verabschiedung genügend ausgestaltet werden. Das Problem des Versicherungswesens harnt ebenfalls noch der Ausgestaltung. Das Fürsorgeprinzip ist gewiß erstrebenswert, doch ist die Zeit hierfür noch nicht reif. Dagegen gilt es das jetzt Bestehende auszugestalten. Mit der Beitragsleistung muß ein Rechtsanspruch verbunden werden. Die Arbeitslosenversicherung befindet sich ebenfalls noch im Anfangsstadium, hier ist vor allem zu fordern, daß alle Arbeiterkategorien erfasst werden. Die Leistungen müssen so gestaltet werden, daß sie ausreichend sind. Vor allem fehlt der Sozialversicherung die Einheitlichkeit, wie dies auch auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gefordert wurde. Auf dem Gebiete des Krankentafelwesens werden noch immer von den Unternehmern Betriebs- und Innungskrankentafeln gefordert. Die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien wehren sich mit Rücksicht auf die angeblich zu hohe soziale Belastung gegen jeden weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung. Hierbei bedienen sie sich vollständig falscher Zahlen, die bereits von unserer Seite richtiggestellt wurden. Der Kampf der Gewerkschaften für eine einheitliche Sozialversicherung wird weitergehen. Möge der Kongress durch die Annahme der Entschließung die Arbeit des Bundes mit Nachdruck unterstützen.

In der Diskussion zu diesem Punkte wurde noch umfangreiches Material vorgebracht, so daß der Eindruck bei den Delegierten allgemein war, daß es noch vieler Mühe und eines steten Kampfes bedürfe, ehe die Sozialgesetzgebung so gestaltet sei, daß die Arbeiterschaft gegen jede Unbill genügend geschützt sei. Fast auf keinem Gebiete entscheidet aber das organisatorische Kräfteverhältnis den Fortgang der Entwicklung so wie hier. Die Entschließung des Bundes wurde einstimmig angenommen. Eine weitere Entschließung, die den Ausbau der Wochenhilfe fordert, gelangte ebenfalls zur Annahme. Gegen die Einführung des Innungswanges wendet sich eine weitere Entschließung zum Reichshandwerksgesetz.

Die Organisationsfrage

behandelt der 2. Bundesvorsitzende, Kollege Graßmann. Redner leitet seine Ausführungen mit einem geschichtlichen Rückblick ein. Die Organisationsfrage wird auf den Gewerkschaftskongressen behandelt, seitdem es solche gibt. Kollege Graßmann schildert dann die Tätigkeit der vom Bundesauschuß eingesetzten Kommission nach dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Eine befriedigende Einigung sei nicht erzielt worden, im Gegenteil drohte diese Frage zur Lockerung des Bundes zu führen. So mußte nach einer Einigung gesucht werden, die den verschiedensten Wünschen möglichst gerecht zu werden versucht. Das so zustandegekommene Kompromiß finde seinen Ausdruck in der Entschließung des Bundes. Diese sieht die Weiterentwicklung der Verbände vor, jedoch soll sich diese ohne jeden Zwang vollziehen und den einzelnen Berufsverbänden in freier Entschlieung überlassen bleiben. Gleichzeitig erfolgt eine Aenderung der Bundesstatuten, die der Entschlieung des Bundes Rechnung trägt. Kartellverträge sollten den Weg der Verständigung ebnen. Beiden Richtungen ist es schwer gefallen, dem Kompromiß zustimmen, aber im Interesse der Einheitlichkeit des Bundes ist dies geschehen. Der Geist der Versöhnlichkeit muß auch in Zukunft herrschen.

Eine Diskussion findet über diesen Punkt nicht statt. Von mehreren Vorsitzenden großer Verbände werden Erklärungen abgegeben. Die nachstehende Entschlieung des Bundesvorstandes wird gegen die Stimmen der Metallarbeiter angenommen:

„Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands weist erneut auf die Notwendigkeit hin, daß die dem Bund angeschlossenen verwandten Berufsorganisationen zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen.“

Der Kongress erkennt an, daß seit dem Beschluß von Leipzig im Jahre 1922 der Zusammenschluß und damit die Konzentration der Gewerkschaften gute Fortschritte gemacht hat. Er erblickt in dieser freiwilligen Verschmelzung der Verbände die beste Entwicklungsmöglichkeit auch in der Zukunft und beauftragt den Bundesvorstand, auf Grund der neuen Bundesstatuten die Industrieorganisation nach Möglichkeit zu fördern.

Im Hinblick darauf, daß in gewissen Industrien durch selbständiges Vorgehen einzelner Verbände bei Lohnbewegungen Nachteile und Schädigungen für andere Verbände oder deren Mitglieder entstanden sind, verpflichtet der Kongress sämtliche dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der hierfür geltenden Vorschriften der Bundesstatuten. Insbesondere der folgenden:

1. Bei Lohnbewegungen, die mehrere Gewerkschaften umfassen oder in ihrem Verlauf voraussichtlich in Mittelebene sich ziehen können, ist es Pflicht der beteiligten Gewerkschaften, sich rechtzeitig vorher gegenseitig zu verständigen oder über deren Durchführung zu einigen.

2. Bei gemeinsamen Lohnbewegungen in solchen Industrien, in denen Mitglieder mehrerer Verbände beschäftigt sind, obliegt die Führung der Bewegung der mit der Mehrheit der Mitglieder beteiligten Gewerkschaft.

3. Treten nur die Angehörigen eines Berufes für sich allein in eine Lohnbewegung, so hat deren Verband rechtzeitig vorher die führende Organisation in Kenntnis zu setzen, um eine Verständigung unter den beteiligten Verbänden herbeizuführen. Da bei jeder Teilbewegung, besonders bei einem Teilstreik, die Gefahr besteht, daß die Gesamtheit der Beschäftigten mit hineingezogen wird, ist es unbedingte Pflicht jeder Berufsgruppe, bei ihrem Vorgehen auf die übrigen Organisationen und die Interessen der Gesamtheit Rücksicht zu nehmen.

4. Keine Gewerkschaft darf selbständig für sich allein ihre Forderungen aufstellen, ehe sie nicht mit den übrigen beteiligten Verbänden eine entsprechende Verständigung versucht hat.

5. Lehnt die führende Organisation die Unterstützung eines nicht genehmigten gemeinsamen Streiks ab, so dürfen auch die andern mitbeteiligten Gewerkschaften keine Unterstützung zahlen.

6. Läßt eine Berufsgruppe es an der gebührenden Rücksichtnahme auf das Interesse und die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird.

Der Kongress erinnert ferner an die geltenden Vorschriften über die notwendige Beschränkung bei der Zusammenlegung der Verhandlungskommissionen sowie bei dem Abschluß und der Unterzeichnung von Tarifverträgen. Indem der Kongress demgegenüber auch die festgelegten solidarischen Pflichten der führenden Organisation in die Erinnerung ruft, spricht er die bestimmte Erwartung aus, daß durch allseitige Beachtung dieser Bestimmungen seitens der Verbände und der Gesamtheit ihrer Mitglieder in Zukunft Schädigungen einzelner Gewerkschaften oder deren Mitglieder vermieden werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, Verstößen hiergegen mit den sachgemäßen Mitteln entgegenzutreten.

Der Kongress spricht endlich aus, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industrieorganisation die stärkste Konzentration der deutschen Gewerkschaften in der Geschlossenheit und starken Macht des ADGB zu erblicken ist. Die Einheit des Bundes zu wahren und seinen Einfluß zu vermehren, ist die Pflicht aller angeschlossenen Verbände und jedes Gewerkschaftsmitgliedes.

Der Kongress ruft die Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Land, insbesondere auch die Jugend, hiermit auf, durch zahlreichen weiteren Beitritt die Gewerkschaften zu stärken. Angesichts des allseitigen Ansturms des vereinigten Unternehmertums auf die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft müssen alle, die seither noch fernstanden oder sich zurückgezogen haben, in solidarischer Pflichterfüllung ihren Platz in den Gewerkschaften finden. Dann werden die Verbände und der Bund den schweren Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der gesamten Arbeiterklasse umso erfolgreicher führen können.

Wahl des Bundesvorstandes. — Schluß des Kongresses.

Die Wahl des Bundesvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender, Graßmann, und Müller stellvertretende Vorsitzende, Kube, Kassierer, Umbreit, Redakteur, Knoll und Eggert, Sekretäre. Als Beisitzer wurden die Genossen Bachert, Brunner, Bruns, Jäckel, Jantschek, Sabath, Georg Schmidt und Silberbach gewählt. Kollege Leipzig dankt für die Wahl.

Da die Zeit noch nicht zu weit vorgeschritten ist, erhalten die ausländischen Gäste ihrerseits Gelegenheit Ansprachen zu halten. Die ausländischen Redner heben die hohe Bedeutung des Kongresses hervor und geben der Meinung Ausdruck, daß die ausländischen Bruderorganisationen Nutzen aus den Beratungen ziehen werden. Als Vertreter des internationalen Bundes richtet der Genosse Mertens-Brüssel in deutscher Sprache warme Worte an den Kongress, wobei er besonders auf die Wichtigkeit des Kampfes der deutschen Arbeiterschaft bezüglich der Sicherung des europäischen Friedens hinweist.

Der Vorsitzende, Kollege Brandes, hält das Schlusswort. Er faßt die Arbeiten des Kongresses zusammen und unterstreicht die Ruhe und Sachlichkeit, mit der der Kongress seine Arbeiten erledigen konnte. Er dankt vor allem der Breslauer Arbeiterschaft für ihre Gastfreundschaft und das lebhafteste Interesse, mit der sie den Verhandlungen gefolgt sei. Mit einem Gruß auf die deutschen Gewerkschaften und die Amsterdamer Internationale wurde der Kongress geschlossen.

Der gute Verlauf der Verhandlungen war ein Triumph der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Währenddessen die Öffentlichkeit noch von den geräuschvollen Begleiterscheinungen der Beschlüsse der Unternehmerorganisationen widerhallte, sahen die Gewerkschaftsvertreter in Breslau gelassen beieinander, fühlten sich ihre Beschlüsse, formulierten scharf und sachlich die Forderungen an Staat und Gesellschaft. Die Bauarbeiterbewegung hatte wenige Tage vor dem Kongress das Resultat einer geschlossenen Unternehmerrfront zu verzeichnen gehabt. Der Breslauer Kongress nahm diesen Umstand gelassen zur Kenntnis und betonte seinerseits die geschlossene Front der Arbeiterschaft.

Die von den Hauptreferenten Fernberg, Jäckel und Müller erörterten Probleme verdienen es, eifrig studiert zu werden. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist mit der Wirtschaft so eng verbunden, daß die Wirtschaftsprobleme der Zukunft gründlich durchdacht werden müssen. Das von den Rednern des Gewerkschaftskongresses vorgelegte Material sollte deshalb wohl beachtet werden. Zur Organisationsfrage wurde die Entschlieung des Bundes angenommen. Sie war im allgemeinen nicht befriedigend, aber schließlich siegte die Erkenntnis, daß es vor allem notwendig sei, die Einheit des Bundes aufrechtzuerhalten.

Der Kongress konnte sich auch der regen Anteilnahme der ausländischen Gäste erfreuen. Kein Wunder, die deutsche Gewerkschaftsbewegung war die Mutter der Gewerkschaftsinternationale. Die Ansprachen der ausländischen Genossen waren ein deutliches

Zeichen der internationalen Solidarität, ein Hoffnungsschimmer, daß es trotz aller Hindernisse einmal zu einem Bunde der Arbeiterkassen aller Länder und dadurch zu einem Bunde der Nationen kommen muß. Der Genosse Mertens-Brüssel, als Vorsitzender des G.B., wurde nach seiner in deutscher Sprache gehaltenen Schlussrede stürmisch gefeiert, ein Beweis, daß der Kongress mit den Worten des Redners einverstanden war.

Nicht vergessen werden soll die Breslauer Arbeiterkassen. Die dortigen Genossen hatten alles getan, um bei den Delegierten ein bleibendes Andenken an Breslau zu erhalten. Der Fackelzug am letzten Verhandlungstage war ein Zeugnis gewaltiger organisatorischer Kraft. Bei dem Ausflug nach dem Zohlen-Gebirge waren die organisierten Arbeiter des schlesischen Landes spät abends stundenweit herbeigeeilt, um den Zug der Delegierten unter jubelnder Begeisterung zu begrüßen. Namentlich die ausländischen Genossen waren von einer solchen Anteilnahme der schlesischen Arbeiter sich ergötzt.

Gewerkschaftskongresse sind Meilensteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Breslauer Kongress wird in der Geschichte seinen besonderen Platz erhalten. Das war der Eindruck jedes Delegierten. Möge dies auch die breite Masse der Arbeiter in Fabrik, Werkstatt und auf Bauplätzen empfinden und die in Breslau gefassten Beschlüsse zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung überall zur Wirklichkeit werden lassen.

Verbilligungsaktion und Wirtschaftsdiktatur.

Man kann mit Kanonen nach Spazier gehen. Aber es ist auch möglich, daß man mit Erbsen nach Aemern und Festungen schießt. Diesen Eindruck hat man, wenn man die Verbilligungsaktion näher betrachtet, die der Reichskanzler Luther per 1. Oktober 1925 angekündigt hat. Das Kabinett hat nun im Verlaufe der vergangenen Woche stundenlang zusammengeseßen, um sich über die Mittel zur Milderung der Teuerung zu unterhalten. Heraus ist dabei so gut wie gar nichts gekommen. Man hat sich die Unternehmerverbände herangeholt und sie ermahnt, in der Preisüberziehung Maß zu halten. Man will auch — mer laßt da — auf die Gewerkschaften einwirken, damit diese ihre Lohnforderungen zurückstellen. Betrachtet man die steigende Teuerung, so muß man vorurteilslos eingestehen, daß die Einwirkungen auf die Gewerkschaften sicherlich ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt darstellt.

Mit welchen Mitteln will nun die Regierung, abgesehen von den Ermahnungen an die Unternehmer, die Wucherbäume nicht ganz in den Himmel wachsen zu lassen, den Kampf gegen die Teuerung führen? Man hat erklärt, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer unbedingt zur Preisentlastung benutzt werden muß. Das ist eine Maßnahme, die sich ganz von selbst versteht. Als die Umsatzsteuer vor einigen Monaten von 2 auf 1½ Prozent herabgesetzt wurde, hat man an den Preisen davon nichts gemerkt. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ½ Prozent bedeutet aber eine Summe von 500 Mill. Goldmark. Um diese Summe sind die breiten Schichten der Verbraucher einfach von den Unternehmern und Händlern gepreßt worden. Die Regierung hat das nicht verhindert und ihre Pflicht nicht getan. Wenn sie sich jetzt auf diese Pflicht besinnt, ist es die allerhöchste Zeit. Allerdings bezweifeln wir, daß sie in ihrem Kampfe, von dem man sich eine Vorstellung machen kann, wie er geführt werden soll, wenn man die lauen Ermahnungen an die Unternehmerverbände berücksichtigt, Erfolg haben wird. Dasselbe gilt für das Bestreben der Regierung, die beschlossenen Zölle nicht in voller Höhe in Kraft treten zu lassen. Die Zölle werden noch im Herbst dieses Jahres wirksam. Bis dahin versorgen sich die Unternehmer aber, wie untre Handelsbilanz beweist, mit einer Fülle von Rohstoffen, die noch nicht mit den erhöhten Zöllen belastet sind. Trotzdem sieht man allenthalben, daß der erhöhte Zoll bereits mit in den Preisen einkalkuliert ist. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Preise steigen.

Die Frage ist hier die, wie die Reichsregierung die volle Ausschöpfung des Volkes verhindern will. Darüber herrschen in Regierungskreisen durchaus nebelhafte Vorstellungen. Man hat dieses

und jenes vorge schlagen und neben unbrauchbaren Maßnahmen brauchbare Maßnahmen, wie z. B. die stärkere Anwendung der Kartellverordnung, Durchführung einer Käufertrolle durch Veröffentlichung der Großhandels- und Kleinhandelspreise in den Zeitungen, Senkung der Fleischpreise durch Verkauf der Gefrierfleischkontingente in den Läden der Gemeinden und Konsumgenossenschaften, angeregt. Aber leider fehlt allenthalben der Mut, ernstlich etwas gegen das Unternehmertum und Händlertum zu tun. Das ist ganz natürlich, denn die gegenwärtige Regierung ist ja die Regierung des Unternehmertums, ist ihr eigen Fleisch und Blut.

Produktion und Handel haben dann auch die Ankündigung der Lutherischen Verbilligungsaktion ohne Erregung hingenommen. Sie halten die ganze Verbilligungsaktion für faulen Zauber, für schöne Theorie, aber für einen oberfaulen Wechsell. Dabei betrachten diese Kreise die durch den Zolltarif geschaffene Lage höchst richtig und entsprechend ihrem kapitalistischen Standpunkt. Sie wissen ganz genau, daß die in den letzten Tagen bemerkbar gewordene Teuerung durchaus auf psychologischen Ursachen beruht. Jeder fürchtet den Zoll. Jeder laßt an Rohstoffen und Waren ein, was er bekommen kann und zahlt und fordert entsprechende Preise. Es ist gerade so, wie zur Zeit der großen Inflation, wo der Verkäufer jeden Preis fordern konnte, weil ihn der Käufer in dumpfem Fatalismus zahlte. Die gegenwärtige Teuerung ist so eine unechte Teuerung, eine Teuerung ohne wirklich vorliegende Ursachen. Anders wird es erst diesen Herbst, wenn die neuen Zölle als Verteuerungsfaktoren wirklich in Erscheinung treten. Dann beginnt erst die echte Teuerung. Das sieht das deutsche Unternehmertum und der deutsche Handel sehr wohl ein. Mit diesem Augenblick rechnen sie. Auf ihn richten sie ihre Maßnahmen.

Zu guter Letzt handelt es sich darum, wer die Kosten für die Zollpolitik bezahlt. Setzt die Arbeiterkassen eine Lohnerhöhung durch, wehrt sie also die Folgen der Zollpolitik ab, dann wird das Unternehmertum und der Handel einen Teil der Kosten tragen müssen. Das bedeutet Behinderung der Unternehmerrückgewinne. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Steuer- und Zollpolitik der Regierung hat nicht nur die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkassen erregt, sondern auch jene Hunderttausende „wildgemacht“, die bei den letzten Wahlen für die Parteien der Broträuber und Fleischverteurer gestimmt haben. Man weiß, daß sich diese Massen die Abwälzung der Kosten der Zollpolitik ausschließlich auf ihre Schultern nicht widerstandslos gefallen lassen werden. Diesen Widerstand will man brechen.

Welche Mittel hat man dafür in Aussicht genommen? Schon seit Wochen ist die kapitalistische Presse am Werk, Stimmung für eine Wirtschaftsdiktatur zu machen, sei es in Form von neuen Ermäßigungsgeboten, sei es in Form eines Abbaues der Rechte der Volksvertretung. Hinter der Pressepropaganda stehen Leute vom Schlage der Leiter des verachteten Sinneszentrums. Immer wieder wird über die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung, durch die hohen Löhne, durch den Achtstundentag und durch die Eingriffe einer angeblich von den Gewerkschaften gestützten unfähigen staatlichen Wirtschaftsbürokratie geklagt. Immer wieder, wenn den Wucherern und Preismonopolisten einmal ein wenig auf die Finger gesehen wird, stellt man diese Maßnahmen, die tatsächlich unter der Regierung Luther kaum noch etwas zu bedeuten haben, als Eingriffe in die Wirtschaft hin, die unterbleiben müssen, wenn die Wirtschaft sanft werden soll. Daran knüpft man die Schlussfolgerung, daß dieses unter dem gegenwärtigen parlamentarischen System nicht möglich sei und nur durch die Wirtschaftsdiktatur Senkung der Preise bringen könne. Wie man sich aber diese Senkung der Preise vorstellt, darüber hat man sich auch schon geäußert. Das entsprechende Programm steht u. a. in der Verlängerung der Arbeitszeit, ein Streikverbot bzw. Beilegung des Schlichtungsverfahrens und eine entsprechende Lohnreduktion vor.

Das ist die Preisentlastung, wie sie das deutsche Unternehmertum will. Diese Preisentlastung bedeutet aber nichts anderes als eine weitere Belastung der Arbeiterschaft, als die einseitige Abwälzung der Liebesgaben, Steuer- und Zollpolitik auf die Schultern der Verbraucher, die brutale Verhinderung einer notwendigen Angleichung der Löhne an die tatsächliche Teuerung. Das hat die

Arbeiterschaft in Zukunft im Auge zu behalten. Sie darf sich durch Wägchen, wie die Lutherische Verbilligungsaktion, nicht über den wahren Stand der Dinge täuschen lassen, wie sie auch die schönen Gefänge von der Wirtschaftsdiktatur glatt ablehnen muß. Denn das parlamentarische System in der deutschen Republik gibt Arbeitern und Verbrauchern die Möglichkeit, politischen Einfluß und politische Macht zu gewinnen. Erst im Besitz dieser politischen Machtmittel wird die Arbeiterschaft den neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik bestimmen können. Erst der siegreiche Kampf gegen die Wirtschaftsdiktatur wird es ermöglichen, daß man der beachtlichsten Prohibitivdiktatur soziale Gerechtigkeit gegenüberstellt.

Der Naturstein auf der Leipziger Herbstmesse Preisabbaumeße.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, war die Beteiligung der Natursteinindustrie in demselben Rahmen gehalten wie die vorhergehenden. Der weitaus größte Teil der Natursteinindustriellen hält es noch immer nicht für notwendig, diese einzig dastehende Gelegenheit für eine großzügige Propaganda unserer Erzeugnisse zu benutzen, wobei gleichzeitig auch die Möglichkeit geboten wäre, den zahlreich ausgestellten Surrogaten wirksam entgegenzutreten. Aus diesen Gründen muß es besonders bedauert werden, daß sich insbesondere die Firma Kupp u. Moeller mit ihren erstklassigen künstlerischen Erzeugnissen von der Ausstellung zurückgezogen hat. Auch die Firma Köster u. Gottschaldt-Berlin hat ihre bisherige Ausstellung in kunstgewerblichen Gegenständen weitestgehend verkleinert. Um so begreifbarer ist es, daß der Bund deutscher Marmorbrucharbeiter seine bisherige Ausstellung weitestgehend ergänzt hat. Der Besucher kann sich endlich eine klare Uebersicht über die Vielgestaltigkeit und Farbenprächtigkeit unter deutschen Marmoren verschaffen, was durch die geschickte, übersichtliche Anordnung der einzelnen Arten wesentlich zur Weiterverbreitung beitragen dürfte. Ohne Lobhudelei darf ferner behauptet werden, daß die verschiedenen Ausstellungen der Firma Thust-Großsteinberg sowohl in bezug auf Material als auch auf künstlerische Gestaltung und Bearbeitung als erstklassig bezeichnet werden können. Besonders die Denkmalsabteilung in Halle 1 sowie die Wachsmodellabteilung in Halle 4 beweisen, daß dieser Firma ein hochqualifizierter Arbeiterstamm zur Verfügung steht. Auch die Ausstellungen der Firmen Fröbel u. Co.-Erfurt und Schubert u. David-Breslau zeigen äußerst gefällige künstlerische Formen in Wachsmodellen. Zum zweiten Male sind die bayrischen Traktoren-A.-G.-München mit ihrem bisher in der Fachwelt wenig bekannten Trak vertreten. Die ausgestellten Werkstücke zeigen eine hervorragend schöne, ruhige Farbentönung. Es wird kaum ein Material geben, das durch die verschiedenartigen schwarzen, violetten, blaugrünen und weißlichen Einsprünge auf frisch Gelblich bis ins Blaue hinüberpielendem Untergrunde eine derart malerisch-ernste, dabei aber warme und lebendige Tönung hervorruft wie dieser Traktstein. Außer seiner guten künstlerischen Wirkung soll dieses Material eine äußerst große Weiterbeständigkeit und Säurebeständigkeit aufweisen, die, wenn es zutrifft, dieses Material besonders als Baumaterial in den großen Industriegebäuden als geeignet erscheinen lassen.

Von der Werksteinbranche hatten ferner noch die Firma Köster u. Gottschaldt eine offene Halle aus Mischkalk, sowie die Tuffstein- und Basaltlavawerke A.-G., Andernach, ein Portal ausgestellt, die schon früher an dieser Stelle besprochen wurden.

Die zahlreich in der inneren Stadt zerstreut liegenden Ausstellungen kunstgewerblicher Gegenstände beweisen, daß auch auf diesem Gebiete sowohl in künstlerischer als auch Qualitätsarbeit ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist.

Nach unserer Ansicht würde die Wirkung der Ausstellungen noch ganz bedeutend erhöht, wenn sich auch die übrigen Interessenten der Natursteinindustrie endlich dazu aufschwingen könnten, ebenfalls, wie die übrigen Industrien, eine geschlossene Ausstellung zu veranstalten. Im großen und ganzen gesehen, müßten die einzelnen Ausstellungen als sehr gelungen bezeichnet werden. Diesen Eindruck konnten auch die auf dem Freigelände der Halle 1 von einigen

Etwas von der Breslauer Steinseher-Brüderchaft.

In der vorigen Nummer des „Steinarbeiter“ hatten wir schon angedeutet, daß die Breslauer Steinseher auf eine über 140 Jahre alte Organisationsgeschichte zurückblicken können. Selbstverständlich darf man die Organisation der alten Breslauer Steinseher in der Form der Brüderchaft nicht mit den heutigen gewerkschaftlichen Organisationsformen vergleichen. Das wäre verneinend. Die Zwecksetzung der heutigen Gewerkschaften mit den vormaligen Steinseherbrüderchaften ist grundverschiedener Art. Es soll in dieser Abhandlung auch nicht auf diese Frage eingegangen werden, sondern wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die heutige freie Gewerkschaft der Steinseher von Breslau aus diesen Brüderchaften herausgewachsen ist. Wie in verschiedenen anderen Städten Deutschlands waren die Brüderchaften die Vorläufer unserer Gewerkschaftsbewegung und diese erfüllten zu ihrer Zeit nicht minder die Vertretung der Interessen der Kollegen, soweit die Gesetzgebung ihnen Raum gab, oft aber lagen sie mit dem Vollstrecker der Gelehe in heftiger Fehde, wofür Kollege A. Knoll in seinen verschiedenen Werken entsprechende Beispiele anführt.

Die Breslauer Steinseher sind heute noch in dem Besitze einer Reihe Gegenstände, die das alte Brüderchaftswesen uns außerordentlich veranschaulichen. Sie dienen den alten Jungst- und Brüderchaftsgebräuchen, die wir an der Hand dieser alten Utensilien der Vergessenheit entreißen wollen. Die Zusammenkünfte der alten Brüderchaftsgesellen spielten sich unter strenger Einhaltung zeremonieller Formen ab. Vor allem war das gemeinschaftliche „Trinken“ das besondere Merkmal dieser Zusammenkünfte, das aber wiederum unter genauer Beachtung der fest vorgezeichneten Formen und Reden vor sich ging. Wir dürfen uns wegen des im Mittelpunkt der Zusammenkünfte stehenden gemeinsamen Trinkens wirklich nicht zu der Anschauung verleiten lassen, daß dies eine besonders nur den Jungsten und Brüderchaften zugehörige Eigenheit gewesen sei. Das trifft durchaus nicht zu. Denn es war bei allen Zusammenkünften irgendwelcher Art dem gemeinsamen Trinken ein breiter Raum zu jenen Zeiten gegeben. War es doch bis weit in unsere Zeiten hinein bei den Ratsversammlungen der Städte, also den jetzigen Stadtverordnetenversammlungen in den verschiedensten Gegenden des Reiches Sitte, daß jedes beschlossene Gelehe „betrunken“ sein mußte. Ja, bei dem Abschluß eines Geschäftes spielte zur damaligen Zeit der gemeinsame Trunk noch eine große Rolle.

Doch sehen wir uns das Brüderchaftsgerät der Breslauer Steinseher und die Art seiner Anwendung besonders an. Da ist vor allem der „Junggelehenstod“. Ein schöner zirka 1 Meter langer, Stod mit einem Pfaffenhammer als Krüde. Irgendein Hinweis auf sein Alter ist nicht vorhanden. Doch zeigt er eine außerordentlich solide Ausführung. Hingz kommt das „Junggelehenstodschüssel“, mit breitem Ledergurt, auf dem breiten Messinghoh, das von zwei Riesen gehaltenen Handwerkswappen und dazu auf dem Rande des Schloßes folgende Widmung: Dem Götlichen Steinsehergewerk gewidmet von Gottlob Dammas, Breslau, den 1. November 1825. Der Junggelehe spielte in der Brüderchaft neben dem Altgelehen die größte Rolle. Dem Junggelehen lag es ob, die Mitglieder der Brüderchaft zu den vier jährlichen Quartalsversammlungen, dem Fastnachts-, Osters-, Johannis- und Michaelsquartale einzuladen. Angetan mit schwarzem Anzug, Zylinder, dem Junggelehenstodschüssel und in der Hand den Junggelehenstod vollzog der Junggelehe die Einladungen in folgender Weise: Bevor er eine Arbeitsstelle besetzt, auf welcher Brüderchaftsmitglieder tätig sind, mußten die obersten drei Knöpfe seines Anzuges zugeknöpft sein. Auf der Arbeitsstelle angekommen, klopfte er dreimal mit dem

„Junggelehenstod“ auf den Bordstein und richtete an die dort arbeitenden Steinseher folgende Frage: Mit Günst und Erlaubnis nach Handwerksgebrauch und Gewohnheit ist es erlaubt, die Arbeit zu betreten. Als Antwort schallte ihm das Wort „Lößlich“ entgegen. Dann trat er von vorn auf das fertiggestellte Pflaster, klopfte wieder dreimal mit dem Junggelehenstod auf das fertige Pflaster und richtete die Versammlungseinladung mit folgenden Worten aus: Mit Günst und Erlaubnis nach Handwerksgebrauch und Gewohnheit lade ich die lößliche Brüderchaft zu dem Johannisquartal ein. Es folgen die Angabe der Zeit und des Ortes dieser Versammlung. Dann erst reicht er jedem Steinseher die Hand und begibt sich zu den weiteren Aufstellungen, wo sich die gleiche Zeremonie vollzieht. In den Brüderchaftsversammlungen hatte der Junggelehe, angetan mit den Insignien seines Amtes, an der Tür zu stehen, bis alle Mitglieder der Brüderchaft erschienen und Platz genommen hatten. In gleicher Art richtete er dann an den Altgelehen die Frage, ob dieser die Erlaubnis gebe, daß auch er, der Junggelehe, seinen im zugewiesenen Platz am Tisch einnehmen kann. Ebenso förmlich wurde dieser Bitte entsprochen.

Doch betrachten wir die Versammlungen der Brüderchaft und besonders jene, in welchen ein Junggelehe in dieselbe eingeführt wurde, um die Benützung des noch vorhandenen Junstgerätes uns vor Augen zu führen. Der Altgelehe eröffnete die Brüderchaftsversammlung mit dem kategorischen Rufe: „Zigarren und Pfeifen weg!“ Dabei schlug er mit einem kunstvoll geformten Pfaffenhammer dreimal auf den Tisch. Dieser als Glöde dienende Pfaffenhammer trägt die Jahreszahl 1825. Vor dem Altgelehen auf dem Tisch stand die Lade der Brüderchaft und der große „Willkommen“ (Becher). Die Lade war ein verschließbarer gut gearbeiteter Kasten, in welcher das Handwerkssiegel und alle Urkunden aufbewahrt wurden. Der Altgelehe trug nach Eröffnung der Versammlung die Anwesenden in der schon gekennzeichneten Form, ob es erlaubt sei, die Lade zu öffnen. Die Zustimmung wurde auch hier mit dem Worte „Lößlich“ erteilt. Vordem wurde der große Leuchter angezündet, an dessen Fuße die Jahreszahl 1783, das Gründungsjahr der Brüderchaft, eingegraben ist. Neben dem zweiarmligen Leuchter stand der Tabaksteller mit Tonpfeifen zum Gebrauch der Brüderchaft bereit und auf der anderen Seite der Zibibuschbehälter, dessen Inhalt zum Anzünden der Tonpfeifen benützt wurde. Der Leuchter aus schwerem Zinn ist ein sehr schönes Exemplar, auf dessen Mittelstück ein jahrentragender Ritter steht. Unter dem Fuße des Ritters befindet sich am Leuchter ein Glöcklein. Kam bei dem Anbrennen der Pfeifen ein Mitglied der Brüderchaft an dieses Glöcklein, daß es tönte, so wurde der Sünder laut Gelehe zu einer aus einem Faße Bier bestehenden Strafe verurteilt. Der Tabaksteller ist ebenfalls eine schwere Arbeit, er ist mit dem Handwerkswappen gezieret und am Rande befindet sich folgende Lorbeerzweig-Inschrift: Es lebe das lößliche Steinbrüdergewerk und die Jahreszahl 1826. Doch vergegenwärtigen wir uns eine solche Brüderchaftsversammlung weiter, die besonders bei Neuaufnahmen ausgetretener Junggelehen einen besonders feierlichen Anstrich erhielt. Wolte der ausgetretene Junggelehe in die Brüderchaft eintreten, so mußte er erst einen Sprechgesellen aussändig machen, der bei der feierlichen Aufnahme in der Brüderchaft Bürgerschaft und Patenstelle für den auszunehmenden Junggelehen übernehmen mußte. Die Aufnahme vollzog sich feierlich. Die Lade und Büsche waren geöffnet, der große Leuchter brannte. Der Sprechgeselle führte den Junggelehen in die Brüderchaftsversammlung vor den Tisch des Altgelehen. Dieser begann die Zeremonie der Aufnahme folgendermaßen: „Mit Günst und Erlaubnis, nach Handwerksgebrauch und Gewohnheit, vor offener Lade und Büsche, stelle ich den Junggelehen N. N. vor, welcher aufgenommen zu werden wünscht in das Buch der Bücher, wo jeder ehrbare Steinseher von Breslau geschrieben steht. Ich frage die

hochwohlblöbliche Brüderchaft an, ob jemand gegen die Aufnahme etwas einzuwenden hat. Ist dieses der Fall, so rede er jetzt und schweige dann.“ Waren keine Einwände gegen die Aufnahme vorhanden, so wurde dies mit einem kräftigen „Lößlich“ bestätigt. Dem Brüderchaftsgebrauch entsprechend reichte nun der Altgelehe dem Neuaufgenommenen den großen Willkommen (Becher), gefüllt mit Wein. Dieser große Zinnbecher hat eine Höhe von zirka 45 Zentimeter, umkränzt mit einem Fries von Löwenköpfen. Auf dem Deckel befindet sich ein Landstrecht mit einer schwingenden dreibaren Fahne. Er stammt aus dem Jahre 1825 und trägt gleichfalls das Handwerkswappen und eine entsprechende Widmung. Nun war aber das Trinken aus diesem Willkommen keine so einfache Sache, denn der abnehmbare Becherausfuß wurde in die linke Hand des Neuaufgenommenen gegeben, während die Rechte den Fuß des Bechers umfassen mußte. Führt nun der Neuaufgenommene mit der rechten Hand den Willkommen zum Munde, so mußte er während des Trinkens mit der linken Hand die auf dem Becherdeckel befindliche Fahne des Landstrechtes immer in drehender Bewegung halten. Gelang dieses schwierige Experiment nicht und hörte während des Trinkens die Drehung der Fahne auch nur einen Augenblick auf, so wurde dieser Fehler sofort mit einer neuen Auflage bezahlt. Doch damit war die Aufnahmezeremonie noch nicht beendet. Belanztlich war es nur das Vorrecht des „Herrn Gelehen“, Pfeife zu rauchen. Das Ertrappwerden beim Rauchen ist oft ein Grund der Verweigerung der Aufnahme eines Jungausgelernten in die Brüderchaft gewesen. Nach dem Rundtrinken aus dem Willkommen, den der Junggelehe allen Anwesenden zutrinken mußte, erhielt er eine lange Tonpfeife gestopft aus dem auf dem Tabaksteller befindlichen Tabak. Diese Pfeife überreichte ihm eine dazu gewonnene „Dame“, der er für diese Gefälligkeit 1 Mk. zahlte und die wiederum diese Bezahlung durch einen hörbaren Ruf quittieren mußte. Dann erst war der Neuaufgenommene vollgültiges Mitglied der Brüderchaft. Die gesamten Aufnahmekosten eines Jungausgelernten beliefen sich auf das nette Sümchen von 40 Mk., die aber anstandslos aufgebracht wurden. Nach der Aufnahme hatte der Junggelehe das Recht, seine Mitbrüder mit „Du“ anzureden und öffentlich Zigarren und Pfeife zu rauchen. Doch genug davon.

Das älteste Stück des Breslauer Brüderchaftsgerätes ist ein Zinnbecher vom Jahre 1795. Er ist ebenfalls versehen mit dem Handwerkssignieren, darüber ein Adler und auf dem Pokaldeckel befindet sich eine Amorette. Weiter ein sehr schwerer Zinnbecher, wohl über zwei Liter fassend, den zwei auswärtige Steinseher im Jahre 1826 der Breslauer Steinseherbrüderchaft verehrten. Die Namen derselben sind auf dem Deckel eingraviert, es sind die Steinseher Heiser aus Lawaldau und Wolkuschod aus Berlin. Aus diesen Daten ist ersichtlich, daß schon vor hundert Jahren die Grünberger Steinseher genau so in die Fremde gingen, wie sie es heute noch tun müssen. Als weiteren Schmuckgegenstand besitzen die Breslauer Steinseher aus dieser Zeit ein sehr schön gemaltes Glasbild, welches von zwei Riesen flankiert die lorbeerumgrenzten Handwerkswappen und einen Steinseher bei der Arbeit darstellt. Auf einer Leiste unter demselben befindet sich die Widmung: „Es leben die Herren Steinseher.“

Die heutige Wirtschaftsweise hat die Voraussetzungen dieser Brüderchaften gänzlich zerstört. Und doch zeigen diese Gegenstände von einer Zeit, wo damals schon der Arbeiter seinen Beruf auf seine Art durch die Brüderchaften schützte und förderte. Die Breslauer Steinseher hatten schon früher beschlossene, alle diese prächtigen Gefäße und Gegenstände dem dortigen Kunstgewerbemuseum zu überweisen. Dieser Beschluß soll jetzt in die Tat umgesetzt werden, damit auch späteren Geschlechtern beim Anblick dieser Geräte das zu ihrer Zeit entsprechende Wirken der Breslauer Steinseherbrüderchaft vor Augen geführt wird.

Firmen ausgestellten Kunstgegenstände, die zum größten Teil als äußerst minderwertige Ramschware angeprochen werden muß, nicht beeinträchtigen.

Man hat die verflozene Messe als die Preisabschneidung bezeichnet, darum verdient dieselbe eine ziemliche Beachtung durch die Arbeiterklasse. Von dem Ausgange derselben hängt nicht unwesentlich die Beschäftigung weiterer Arbeiterkreise ab. Doch wie sieht es in dieser Hinsicht aus?

Soweit die geschäftlichen Ergebnisse der Leipziger Herbstmesse in Frage kommen, kann nicht allgemein von einem Fehlschlage gesprochen werden. Ganz schlechte Geschäfte, wie sie z. B. die Spielwaren- und die Autoindustrie, weiter auch teilweise die Glas- und keramische Industrie hinnehmen mußten, haben u. a. die Schuh- und Textilindustrie nicht zu verzeichnen. Auch auf der Buch- und Baumesse — letztere erfuhr besonders durch den beendeten Bauarbeiterstreik eine gewisse Belebung — ist das Geschäft rege gewesen, während die Kleinfabrikation wohl ihre etwas hoch gespannten Erwartungen nicht erfüllt sieht. Schlecht abgezeichnet haben auch die Feinleder- und die Metallbranche, während die chemisch-pharmazeutische, ebenfalls wie die Gummiwarenindustrie die hereingenommenen Aufträge als der schwierigen Geld- und Wirtschaftslage entsprechend bezeichnen. Im allgemeinen sind aber die Aufträge beschränkt. Umfassend, trotzdem der Kleinhandel mit einer weiteren Preiserhöhung rechnet und größte Neigung zur reichlichen Eindeckung zu noch verhältnismäßig „billigen“ Preisen zeigt. Wenn das in Leipzig nicht in größerem Umfange geschah, so erklärt sich das aus einer nicht unberechtigten Vorsicht der Verkäufer, die um so mehr mit Konkurrenz und Geschäftsaussichten rechnen, je stärker und vorurteilreicher der Käufer in die Ware steigt. So hielt der mit Maß gewährte Kredit in Leipzig die Aufträge allgemein in Grenzen. Im Grunde genommen entspricht diese Entwicklung dem gedrohten und fast toten Verbrauch. Die Bevölkerung ist unter dem Druck der letzten Lebensmittelverteuerung eben nicht in der Lage, groß zu kaufen, soweit nicht die wechselnde Mode, besonders in Artikeln für Frauen zu Neuanschaffungen führt. Um den unvermeidlichen Bedarf besonders an Winterjahren, Schuhwerk, Haushaltungsgegenständen usw. zu befriedigen, greift man zu den billigsten Sachen und erhält natürlich die schlechtesten Qualitäten. Auf der Leipziger Herbstmesse war denn auch so recht zu beobachten, daß die Umstellung unserer Industrie auf die Ramschware ersprechende Fortschritte gemacht hat.

Ebenso schleppend wie auf dem Inlandsmarkte wickelte sich das Geschäft für die Exportindustrien ab. Dabei zeigten die auswärtigen Ausländer — viel bemerkt wurde eine Kommission russischer Ingenieure, die mit dem Einkauf landwirtschaftlicher Maschinen und landwirtschaftlichen Gerät beauftragt war — großes Interesse für deutsche Maschinen, weiter für deutsche Damenkonfektion, die z. B. in England und Holland der französischen Ware wieder vorgezogen wird, für Radiosubehör, Maschinenteile, Handwerkszeug usw. Wenn es nicht zu den erhofften Geschäften kam, erklärt sich das aus der Tatsache, daß unsere Industriellen durchweg nicht die vom Auslande verlangten langfristigen Kredite gewähren können. Hier muß endlich einmal energisch an eine Senkung der wucherischen Zinssätze gegangen werden; denn das Verlangen der deutschen Industrie ist mehr eine Folge der hohen Zinssätze, die langfristige Kredite maßlos verteuern und jedes Auslands-geschäft zu einem Verlustgeschäft machen, als das Resultat des so oft mißbrauchten Kapitalmangels. Andererseits sind der deutschen Industrie, z. B. der Spielwaren- und Textilindustrie, sehr ernst zu nehmende Konkurrenten entstanden, gegen die man mit einem durch Lohndruck erzeugten Dumping, was ja oft versucht worden ist und womit man heute in bedenklichem Maße wieder liebäugelt, nichts ausrichtet. Wir können eben nur wieder voll ins Auslands-geschäft kommen, wenn wir wirksame Qualitätsware zu Weltmarktpreisen anbieten. Das ist das große Geheimnis. Unsere Unternehmer wollen es aber mit Lohndruck und Abbau der Sozialversicherung schaffen, wobei man aber vergißt, daß die so erzwungene Preisentwertung die deutsche Qualitätsproduktion lahmlegen muß.

Nun zu der Preisentwicklung auf der Leipziger Herbstmesse. Die Regierung hat schon mit ihrem Verlangen, die Preise zu senken, das Richtige getroffen. Gerade die Gewerkschaften haben das anerkannt. Sie hegten nur Zweifel, ob der Regierung die Durchführung der Preisentwertung möglich sei. Diese Zweifel sind durch den Verlauf der Leipziger Herbstmesse voll und ganz gerechtfertigt worden. Denn von einer Preisentwertung war in Leipzig nichts zu spüren; vielmehr war eine merkliche Verteuerung festzustellen. Die anziehenden Preise erklären sich durch die allmählich in Kraft tretenden Zölle. Von der Zollverteuerung werden auch solche Waren betroffen, die reine Inlandsprodukte sind, oder die aus Rohmaterialien hergestellt wurden, die noch nicht mit dem neuen Zoll vorbelastet waren. Diese volle Ausschöpfung des Zolles beweist aber deutlich genug den festen Entschluß der Unternehmer und Händler, der Regierung in ihrer Preisentwertung keine Gefolgschaft zu leisten. Sie preisen auf den Appell der Regierung, wie die Leipziger Herbstmesse zeigte, und denken gar nicht an Preisentwertung; zum mindesten nicht an Preisentwertung auf ihre Kosten.

Mit der Leipziger Herbstmesse kann man wohl den Stab über die Verbilligungsaktion der Regierung endgültig brechen. Das ist wohl die wichtigste Lehre, die die diesmalige Veranstaltung in der Pleißenstadt dem deutschen Volke gibt. Damit sind die Würfel über eine ganze Reihe von weiteren Entscheidungen gefallen. Die Regierung hat z. B., indem sie auf einen mutmaßlichen Erfolg ihrer Preisverbilligung hinwies, von den Gewerkschaften den Verzicht auf Lohnforderungen und das Abstoppen der Lohnbewegungen verlangt. Die Preisentwicklung in Leipzig zeigt, daß die Voraussetzungen der Regierung für solche Forderungen an die Gewerkschaften völlig fehlen. Damit ergibt sich für die Gewerkschaften die Pflicht, sich mit allen Mitteln für die Anpassung der Löhne an die Verteuerung einzusetzen.

Gewerkschaften und Wirtschaftsparlamente.

Nach Artikel 165 der Reichsverfassung sind zwar die Arbeiter und Angehörigen dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Aber von dieser in der Verfassung zugesagten Wirtschaftsordnung sind bisher nur die Betriebsräte und außerdem der „vorläufige Reichswirtschaftsrat“ — ein Notgebäude ohne Fundament — das von der Arbeiterklasse in keiner Weise als Einlösung des Regierungsversprechens angesehen wurde, verwirklicht worden. Es besteht nun der allzu begründete Verdacht, daß die Reichsregierung überhaupt nicht daran denkt, diesen zugesagten Ausbau der Wirtschaftsordnung vorzunehmen. Die Reichsregierung ist so naiv zu glauben, daß die Arbeiterklasse sich damit beruhigt, wenn der vorläufige Reichswirtschaftsrat nunmehr durch einen endgültigen Reichswirtschaftsrat — ohne große Änderungen — abgelöst wird, ohne daß gleichzeitig die Frage des Unterbaues des Reichswirtschaftsrates und der Mitwirkung der Arbeiterklasse in den Berufskammern gelöst wird. Dem Vernehmen nach ist bereits ein Gesetzentwurf zum „endgültigen“ Reichswirtschaftsrat dem „vorläufigen“ Reichswirtschaftsrat zur Beratung zugegangen. Er ist noch nicht veröffentlicht. Man kennt ihn zwar nicht, aber man mißbilligt an ihm, daß die Frage des Unterbaues des Reichswirtschaftsrates überhaupt nicht berührt ist. Nach der Verfassung gehört zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates der Zutritt der öffentlich rechtlichen Vertretung der Arbeiterklasse, also der Reichsarbeiterräte. Dieser ist bis jetzt noch nicht geschaffen. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll ohne ihn errichtet werden. Das Zustandekommen dieses Gesetzes bedingt demnach eine Veränderung der Verfassung. Die Arbeiterklasse wird aber dieser Verfassungsänderung niemals zustimmen, wenn nicht vorher Garantien und Sicherheiten gegeben werden, in welcher

Weise die im Artikel 165 vorgezeichnete Wirtschaftsordnung im ganzen durchgeführt werden wird. In erster Linie handelt es sich hierbei nach dem Sinn und Wortlaut der Verfassung um die Frage der Mitwirkung der Arbeiterklasse bei den bestehenden Berufs-kammern, den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Zur Zeit werden diese Kammern von den Regierungen der Länder zu Gesetzesvorlagen, zu Berichten über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufgeführt, zu Berichten, die z. B. in Preußen der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Unternehmer haben also heute durch die Mitarbeit der Handelskammern ein direktes Monopol der Einflußnahme auf Gesetzgebung und öffentliche Meinung. Die in der Tagespresse während der letzten Wochen abgedruckten Äußerungen der Handelskammern beweisen dies zur Genüge. In der einseitigen Weise nehmen die Unternehmer darin gegen die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse Stellung.

Glaubt die Reichsregierung angesichts dieser Verhältnisse im Ernst daran, daß die Arbeiterklasse auf die ihnen in der Verfassung zugesagte gleichberechtigte Mitwirkung in den Handelskammern verzichten wird? Die Arbeiterklasse fordert die Erfüllung ihres verbrieften Rechts. Die Arbeiterklasse fordert einheitlich paritätische Wirtschaftskammern für Industrie und Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft. Dazu gehört die Einheitlichkeit des Verwaltungsbetriebes, des Geschäftsganges, der Geschäftseinrichtung und der Unterbringung, Parität in den Vollversammlungen, in der Belegung des Vorstandes, der Ausschüsse, der Beamten und in der Verwaltung von Sondereinrichtungen. Die Reichsregierung hat bereits Vorarbeiten für die Ausgestaltung der Berufskammern in Angriff genommen. Sie hat die Entwürfe auf das Betreiben der Unternehmer, insbesondere der Industrie- und Handelskammern zurückgestellt. Es wird Aufgabe der Arbeiterklasse im Parlament sein, die Vorlage dieser „stillgelegten“ Gesetzentwürfe zu fordern.

Nur einer dieser Entwürfe soll demnächst das Licht des Reichstages erblicken, nämlich die Reichshandwerkerordnung. Obwohl sich die Länder bereits mit dem Handwerkskammergesetz befaßt und Vertreter der Handwerkskammern also diesen Entwurf beraten haben, ist es den Gewerkschaften nicht möglich gewesen, sich mit ihnen des näheren zu befassen. Man weiß nur soviel, daß in der letzten Fassung dieses Entwurfs die Beteiligung der Arbeiterklasse aufs neue gekürzt worden ist. Es sollen lediglich Gesellenkammern gebildet werden, die nur zur Frage der Lehrlingsausbildung Stellung zu nehmen haben. In dieser Fassung dürfte wohl der Gesetzentwurf von der Arbeiterklasse rundweg abgelehnt werden.

Schon seit Jahresfrist hat sich bei der Reichsregierung das Bestreben gezeigt, die Anhörung der Arbeiterklasse von Seiten der Regierungsstellen einzuschränken. So wurde auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat abgebaut. Seine Ausschüsse wurden eingeschränkt, und sein Initiativrecht durfte er unter Bevormundung der Reichsregierung ausüben. Obwohl die Richtlinien zum endgültigen Reichswirtschaftsrat ausgearbeitet waren, konnte man sich nicht entschließen, die Vorarbeiten für den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu fördern. Man fand es bequemer, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu entziehen, ohne sich auf eine endgültige Regelung festzulassen. Es mußten erst alle Wirtschaftskreise geschlossen gegen diesen unwürdigen Zustand ankämpfen, um endlich die Reichsregierung zu veranlassen, den genannten Referentenentwurf zum endgültigen Reichswirtschaftsrat fertigzustellen. Es ist von der gegenwärtigen Regierung nun nicht zu erwarten, daß ihr Entwurf auf die Forderungen der Arbeiterklasse eingestellt ist. Soweit der Entwurf bekannt geworden ist, will er die Zahl der Mitglieder des endgültigen Reichswirtschaftsrates vermindern. — Man spricht von 125 Mitgliedern gegen 326 im vorläufigen Reichswirtschaftsrat. — Gegen diese Verkleinerung hat die Arbeiterklasse nichts einzuwenden, wenn dabei ihren Ansprüchen auf gleichberechtigte Vertretung gegenüber den Unternehmern Rechnung getragen würde. Dieses Prinzip der Parität ist allerdings im vorläufigen Reichswirtschaftsrat in erster Linie durch die vom Reichsrat ausgewählten Vertreter durchbrochen worden, die fast ausschließlich der Unternehmerschaft angehören. Die Arbeiterklasse ist nicht gewillt, sich nochmals in dieser Weise über die Ohren hauen zu lassen. Sie fordert daher eine paritätische Berücksichtigung der Arbeitnehmer bei den von der Reichsregierung und dem Reichsrat ausgewählten Vertretern wie gegenüber den Unternehmern, den Genossenschaften und Gemeinden. Die Arbeiterklasse hat weiterhin kein Interesse an einem Reichswirtschaftsrat, der nicht die Möglichkeit besitzt, auf die Entschlüsse der Reichsregierung und gesetzgebenden Körperschaften Einfluß zu üben. Wenn die Gesetzesvorlagen, wie es bisher geschieht, dem Reichswirtschaftsrat erst zugehen, nachdem das Reichskabinett hierzu endgültig Stellung genommen hat, und wenn die Gutachten des Reichswirtschaftsrates nur in gedruckter Form — papierförmig — dem Reichstag oder Reichsrat zugeföhrt werden, so ist die sogenannte Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte lediglich eine Farce. Die Stellung des endgültigen Reichswirtschaftsrates muß deshalb in jeder Weise gehoben und gesteigert werden. Die Vorlagen der Reichsregierung müssen dem Reichswirtschaftsrat vor der Entschliessung des Reichskabinetts zur Begutachtung zugehen. Es muß dem Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit gegeben werden, dem Reichstag und Reichsrat gegenüber seine Gutachten mündlich zu vertreten. Diese Forderungen sind von dem Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereits erhoben worden. Es ist aber zu befürchten, daß ihnen die Reichsregierung nicht an vollem Umfange Rechnung getragen hat. Im Gegenteil dürfte die Reichsregierung es versuchen, den Reichswirtschaftsrat in seiner Bedeutung zu schmälern dadurch, daß sie auf seine Geschäftsführung und Vertretung entscheidenden Einfluß zu nehmen sucht. Man spricht davon, daß sich die Reichsregierung mit der Absicht trägt, die Leitung des Reichswirtschaftsrates selbst in die Hände der Regierungsvertreter zu legen. Wenn die Reichsregierung in dieser Weise den Reichswirtschaftsrat zu einem Hausbeiräte der einzelnen Ministerien zu machen strebt, wird sie wohl auf die Beteiligung der Arbeiterklasse verzichten müssen. Da aber die Vertreter der Arbeitnehmer im Reichstag zu den verfassungsändernden Gesetzen zustimmen haben, besteht doch die Aussicht, daß die Reichsregierung mit ihren Absichten scheitern wird. Die Arbeiterklasse ist jedenfalls nicht gewillt, auch nur eines der in der Verfassung verbrieften Rechte aufzugeben.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streit (Steingewinnung und Steinbearbeitung): In Büschberg bei der Firma Gebr. Kerber und Richl Scheffel, Bruch Duzberg (Unterakordant von Gebr. Kerber), (Pflasterer und Zeilohnarbeiter). In Walsch (Oberfranken) bei der Firma Haberkrumpf u. Kulenbacher (Granitwerk). In Mühlhausen-Dangenalza.

Erledigte Bewegungen: Streit der Steinmegen in Aachen mit Erfolg, desgleichen der Streit in der schlesischen Sandstein-Industrie.

Gespeert: In Erfurt für Steinmegen alle der Firma Otto Hante (Eisenbetonbau) gehörenden Baustellen wie der Brückenbau bei Gebesen und Schleusingen.

Der Reichsarbeitsvertrag für die deutschen Pflasterer- und Schotterwerke wurde nunmehr durch Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung auch für den Freistaat Württemberg all-gemein verbindlich erklärt mit Wirkung vom 1. August 1925 und der Maßgabe, daß die Allgemeinverbindlichkeit sich nicht auf Weichsteinbetriebe erstreckt.

Bad Oldesloe. Die Zahlstelle Oldesloe hielt am 6. September eine Versammlung im Lokale des Kollegen Köhlich ab. Sie war mäßig besucht. Beschlossen wurde, daß zureisende Kollegen, ehe sie hier und im nördlichen Kreise Stormarn in Arbeit treten, unbedingt bei dem Kollegen Gärtner, Bahnhofstr. 34, oder dem Kollegen Re-

hen, Lange Str. 18, über die einschlägigen Verhältnisse erkundigen. Durch Rücksichtnahme dieser Maßnahme haben die zureisenden Kollegen teilweise Schäden erlitten. Im weiteren nahm die Versammlung einen guten Verlauf, der Vorstand wurde beauftragt, nach Erledigung der Außenarbeiten sofort wieder eine Versammlung einzuberufen.

Zahlstelle Tiefenstein. Besondere Verhältnisse herrschen jetzt bei der hiesigen Firma Maier. Als kürzlich der Inhaber der Firma im Betriebe anwesend war, erklärte der Polier Liebl, daß die fertiggestellte Arbeit von Herrn Maier beanstandet worden sei. Auch könne er die bisherigen Preise nicht bezahlen. Die Kollegen erklärten indes, daß sie auf keinen Fall die Arbeiten billiger herstellen können. Darauf erfolgte durch den Polier die Kündigung. Einige Tage später erklärte der Polier Liebl wiederum, daß die Firma die Kündigung aufrechterhalte. Es hat den Anschein, als wenn dieser Polier es darauf angelegt hätte, die alten Arbeiter im Verein mit dem Betriebsinhaber hinauszugraulen. In der Folge kam es zu harten Auseinandersetzungen mit dem Polier, der im Laufe dieser einen alten Kollegen schwer beleidigte. Von der Kündigung wurden fünf Steinhauer und vier Hilfsarbeiter betroffen. Der Polier sagt, die Kündigung sei wegen schlechter Arbeit und der Betriebsinhaber erklärt, wegen Arbeitsmangels sei diese erfolgt. Die angeblich schlechte Arbeit kam daher, daß einige Kollegen aus dem Material des Schuttbaufens Mollos herstellen mußten. Hätte der Polier besser für die rechtzeitige Verteilung des Materials gesorgt, dann wäre das unterblieben. An den andern Plätzen ist Liebl schon bekannt, wo er früher tätig war. Darum meidet den Betrieb, wo dieser Polier das Szepter schwingt.

Königsheim (Oberlausitz). Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 31. August in dem Betrieb der Firma Grafe. Als der Brecher Rob. Wolf mit dem Ausstampfen eines nicht abgegangenen Pulver-schusses beschäftigt war, kam derselbe zur Entzündung, als der ganze Bruch im Betrieb war. Durch Brandwunden schwer entsetzt, wurde der Verunglückte dem Gölziger Krankenhaus überwiesen. Es ist der dritte schwere Unglücksfall nach dem Kriege, der sich bei dieser Firma ereignete. Es wird Sache der Betriebsvertretung sein, den Ursachen dieses neuerlichen Unglücksfalles nachzugehen und rechtzeitig einzugreifen, damit in Zukunft diese Opfer der Arbeit gänzlich verhütet werden.

Billingen. Eine besondere Art von Unternehmer ist der hiesige Steinhauermeister Kempf, mit dem wir uns schon wiederholt beschäftigt haben. Dieser Mann wünscht wohl von seinen Arbeitern ziemliche Leistungen, aber an das Bezahlen derselben denkt er nicht. Kommt ein Zahltag, so versteht es derselbe, seine Leute ständig zu vertrösten oder, was häufiger geschieht: am Zahltag ist er nicht zu sprechen. So bestellte dieser „Unternehmer“ leihthin seine Leute in eine Wirtschaft nach Gremmlach zur Löhnung, aber wer nicht erlösen, war Kempf. Gehädigt sind auf diese Weise 12 Kollegen, indem sie ihren Lohn nicht erhielten. Als zwei derselben jüngst in der Löhnung Kempfs den Lohn ganz energisch forderten, leugnete dessen Frau seine Anwesenheit, obwohl die Kollegen wußten, daß er anwesend war. Es ist höchste Zeit, vor diesem Betrieb zu warnen, damit nicht noch weitere Kollegen Schaden erleiden. Sämtliches Werkzeug und Material ist schon verpfändet und die Kollegen haben die größten Schwierigkeiten, ihren Lohn noch zu erreichen. Das schönste ist, daß dieser Kempf eine liebevolle Unterstützung durch den Vorarbeiter Eid findet. Dieser war Verbandsmitglied, hat aber das Zahlen der Beiträge vergessen. Darum meidet diesen Betrieb samt seinem Vorarbeiter, erkundigt auch in Zukunft bei der Zahlstellenverwaltung, ehe ihr Arbeit annehmt.

Annaberg. Am 6. September fand unsere Monatsversammlung statt, zu der auch Gauleiter Schulze eingeladen war, weil über Neuregelung der Löhne Verhandlung mit den Arbeitgebern stattfinden sollte. Der Gauleiter war erschienen und legte in längeren Ausführungen das Rechtsverhältnis des bisherigen Tarifabschlusses dar. Die Arbeitgeber waren zur Verhandlung nicht erschienen, sondern ließen nur durch einen Boten erklären, daß sie Löhne nicht mehr abschließen, sondern dies durch die Zwangsinnung Chemnitz geregelt würde, weil sie jetzt dort als Mitglieder eingetragen seien. Die frühere Obererzgebirgische Steingewinnung trete außer Wirkung. Kollege Schulze wurde beauftragt, diese Angelegenheit mit dem Obermeister Kurich von Chemnitz zu regeln. — Zu Punkt 2. Ausnahmen und Ausblick wurde mitgeteilt, daß mehrere Kollegen aus dem Bezirk Aue sich zur Aufnahme gemeldet hätten, da sie aber nicht zur Versammlung erschienen waren, konnte die Aufnahme nicht vollzogen werden. Der Kollege Rudolf Besselt aus Scheibenberg ist mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstand geblieben und hat sich dadurch selbst aus dem Verbandsausgange entfernt. Er ist bereits mehrere Male aufgefordert worden, die Beiträge zu ordnen, auf eine nochmalige Aufforderung wurde deshalb verzichtet. — Zum Punkt 3. Verchiedenes wurde bekanntgegeben, daß vom Hauptvorstand eine Extrasteuer ausgeschrieben sei, nach welcher für Annaberg 3 bis 4 Mark wöchentlich zu zahlen sind. Die Kollegen nahmen davon Kenntnis und versprachen, die Extrasteuerbeiträge pünktlich zu entrichten. — Dann wurde noch über das jetzige Geschäftsgebaren der Fa. Neuber und Co. gesprochen und hervorgehoben, daß hier nur noch hauptsächlich die besonderen Interessen des jetzigen Geschäftsführers Neuber gewahrt würden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die übrigen Mitinhaber des Geschäftes außer ihrem Lohn besondere Vorteile nicht mehr haben werden. Der Betrieb der ursprünglich errichtet worden war, um im Sinne der Arbeiterbewegung als Genossenschaftsbetrieb geleitet zu werden, geht zurzeit den entgegengesetzten Weg. Man kann wohl auch annehmen, daß durch die Gründung des Betriebes die Affordarbeit auch in diesem Tarifbezirk eingeführt worden ist und dadurch ist aber auch die Leistung auf das höchste Maß gesteigert worden. Es ist jetzt unsere Pflicht, darüber zu wachen, daß durch die hohen Leistungen die Qualitätsarbeit nicht leidet. Früher wurden so hohe Leistungen wie jetzt nicht gemacht, dafür wurde aber allgemein ein durchaus einwandfreies Pflaster hergestellt. Es muß auch jetzt von allen Kollegen beachtet werden, daß das Steinpflaster sich in der Zukunft nur behaupten wird, wenn die nötige Sorgfalt auf die Ausführung verwendet wird. Die Versammlung war gut besucht und versprachen die Kollegen, sofern sich in Kürze zur Regelung der Lohnfrage eine weitere Versammlung notwendig mache, ebenfalls vollzählig zu erscheinen.

Demitz-Thumitz. Unter zahlreicher Beteiligung benachbarter Zahlstellen feierte die Zahlstelle Demitz-Thumitz am 6. September ihr 30jähriges Bestehen. Eine von der Ortsverwaltung heraus-gegebene Festschrift und die vom Verbandsvorsitzenden, Kollegen Winkler, gebaltene Festrede würdigten die Entwicklung der Zahlstelle in gebührender Weise. Zur Verschönerung des ersten Teiles der Feier trug ein Männerchor bei. Für Beleuchtung und Unterhaltung für jung und alt war in reichstem Maße gesorgt. Leider versagte nur der Wettergott, so daß der Festzug im stürmenden Regen vor sich gehen mußte. Mehrere Wagen mit lebenden Gruppenbildern trugen zur Erheiterung der Teilnehmer und Zuschauer bei, während der „Tarifamtswagen“ auch zu ernsterem Nachdenken Anlaß gab, sowohl auf Seiten der Kritiker als auch auf Seiten der Kritiker. Im großen und ganzen dürfte das Fest als äußerst gelungen bezeichnet werden. Den Teilnehmern wird es gewiß in dauernder, angenehmer Erinnerung bleiben.

Chemnitz. Am 30. August fand in Chemnitz eine Bezirks-versammlung der in Pflasterer- und Schotterbetrieben tätigen Kollegen Südwesfalchens statt. In der Hauptsache bildete der Reichs-tarif für die Pflasterer- und Schotterindustrie den Gegenstand der Verhandlungen. Es wurde betont, daß die demselben anhaftenden Mängel zu beseitigen sind, insbesondere erfordert die Ferienregelung eine andre Gestaltung. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Frage des Achtstundentages einer direkten Regelung bedarf. Es wurde den Delegierten zu der Reichskonferenz nahegelegt, für die Beteiligung dieser Mängel einzutreten. Als Delegierter zu derselben wurde Kollege Runze-Mittweida, als Ersatzmann Kollege

500er - Rue gewählt. Weiter befaßigte sich die Bezirksversammlung mit den Lohnverhandlungen, welche im März d. J. in Chemnitz stattfanden. Da das Lohnabkommen am 1. Oktober abläuft, wurde die Versammlung sich einig, den Bezirkslohntarif zu kündigen und eine Neuregelung der Löhne zu fordern. Kritisiert wurde sehr stark, daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit bis 10 Stunden ausgedehnt wird. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, in dieser Sache für die Beilegung dieser Mißstände tatkräftig einzutreten.

Rundschau.

Das ist das Antlitz des Kapitalismus.

Die Ausbeutung der indischen Arbeiter. Im New Leader (London) veröffentlicht D. Chaman Lal, der Vorsitzende des gegenwärtig 500 000 Mitglieder umfassenen All-Indischen Gewerkschaftsbundes eine erschütternde Schilderung der entsetzlichen Ausbeutung, die der Kolonialkapitalismus an den Arbeitern Indiens verübt. Wir entnehmen dem Artikel folgende furchtbare anklagende Zahlen:

„Werfen wir einen Blick auf den Mann, der den Tee produziert, den ihr ruhig und beghlig in eurem Heim schlürft. Der monatliche Durchschnittslohn betrug im Jahre 1921 für Männer 9 Schilling 4 Pence, für Frauen 7 Schilling 8 Pence, für Kinder 4 Schilling 7 Pence. Vergessen wir dabei nicht, daß die englischen Teeplanzer in Assam Dividenden von 50 Proz. und mehr ausgeschüttet haben.

Nun zur Textilindustrie. Die Kindersterblichkeit im Baumwollgebiet erreicht manchmal 667 von tausend. Die Arbeiter wohnen in einräumigen Wohnungen, oftmals stockfinster, durch die die offenen Abwässergräben hindurchlaufen. Nach einem Bericht aus dem Jahre 1914 war die Sterblichkeit an Tuberkulose in den Slums von Kalkutta zehnmal höher als selbst in den Proletariervierteln von Birmingham. Der Durchschnittslohn in der Baumwollindustrie in Bombay schwankt zwischen 2 und 2½ Pfund monatlich. Weibliche Arbeiter bekommen etwas mehr als 1 Pfund im Monat. Ähnliche Zustände findet man bei den Jute-Arbeitern in Kalkutta. Der Durchschnittslohn ist öfter ½ Pfund monatlich, seltener ¾ Pfund. Die Dividende beträgt nicht selten 100 Proz. jährlich.

Im Jahre 1922 hielten wir unsern Gewerkschaftskongress in Tharia in der Provinz Behar. Tharia und das benachbarte Ranigmy erzeugen rund 84 Proz. der gesamten in Indien verbrauchten Kohle. Tausende kamen zu unserer Begrüßung auf den Bahnhof: tausende halbnackter Menschen. Diese Menschen leben in finsternen Hütten ohne Ventilation, in denen kaum zwei Betten stehen. Oftmals in kalten Nächten drängt sich die Familie rund um das Feuer zusammen und, da kein Abzug vorhanden ist, fällt sie in Schlaf, aus dem es kein Erwachen gibt. Außerhalb einer dieser Hütten fanden wir einen nackten, ausgemergelten Säugling auf einem schmutzigen, zerrissenen Fegen. Die Mutter war zu arm, Milch zu kaufen. Wer kümmert sich um die Kinder, wenn die Mütter in der Arbeit sind? „Gott und ein gebrechliches altes Weib“ war die Antwort... Die von der indischen Regierung eingeleitete Kommission stellte fest, daß der Lohn eines Bergarbeiters etwas über 7 Pence täglich betrage. Nahezu 200 000 Bergarbeiter leben nahe am Verhungern. Nach offiziellen Statistiken fördert ein indischer Bergarbeiter 108,3 Tonnen Kohle jährlich. Der Exportpreis dieser Kohle ist 1200 Rupien (1 Rupie = 1½ Schilling), aber der Bergarbeiter bekommt davon nicht einmal 70 Rupien!“

Ungenügende Geldverbilligung. Im Rahmen der Verbilligungsaktion hat die Regierung beschlossen, die öffentlichen Gelder der Wirtschaft zu verbilligen. Jins zur Verfügung zu stellen. Da diese sogenannten Wirtschaftskredite durch die großen Banken vermittelt werden, wird es unbedingt notwendig, daß diese dem Plane der Regierung durch Verbilligung ihrer Zinsen und Provisionen Rechnung tragen. Tun sie das nicht, dann kommt die Geldverbilligung durch die Regierung nur den Banken und nicht der Wirtschaft und der Bevölkerung zugute. Nun haben die Banken wohl eine Ermäßigung der wahnwitzig hohen Bankprovisionen, aber keine Ermäßigung des Zinsfußes beschlossen. Damit werden sich wohl Regierung und Defizitfähigkeit nicht zufriedengeben können. Außerdem schweigen sich die Banken bis heute immer noch aus, in welchem Maße sie mit ihren Provisionen herunterzugehen gedenken. Es erscheint durchaus notwendig, daß die Regierung die Stellungnahme der Banken einer ganz energischen Nachprüfung unterzieht.

Die europäische Ernte. Nach Mitteilungen der englischen Regierung ist mit einer guten Ernte in Europa zu rechnen. Die Ernte in Wales in England wird allerdings einen Minderertrag von rund 25 Millionen Zentner ergeben. Dagegen rechnet man für Deutschland, Frankreich und Italien mit weit besseren Erträgen als im Vorjahre. Besonders weisen Polen und Rußland reiche Ernten auf. Beide Staaten werden in diesem Jahre nicht nur ihren Bedarf decken, sondern auch erhebliche Mengen exportieren.

Ein Mühleispiel mittelalterlicher Steinmehlen kam jetzt bei Renovierungsarbeiten an der katholischen Kirche in Ostritz in Sa. ans Tageslicht. Dort fand man unter einem Engel eine Sandsteinplatte, auf welcher mit Rötelfeist das Mühleispiel aufgezichnet war. Diese Steinmehlen scheinen das Mühleispiel auf dieser Platte in Ermangelung eines Spielbrettes in ihrer Baubau betrieben zu haben. Weiter finden sich auf der Platte acht Kreise, die zu einem zweiten Spiele (Wolf und Schaf) benutzt worden sind. Das Alter dieses eigenartigen Mühleispieles ergibt ein auf der gleichen Platte befindliches Steinmehlzahnrad, die in ihrer Art in den Jahren 1300 bis 1600 angewandt wurden. Das Steinmehlzahnrad dieses Steines gleicht in der Größe demjenigen des Prager Domes. Dieses eigenartige Mühleispiel ist von dem Forscher Dr. Jädel befestigt und wird, durch eine Glasplatte geschützt, der Nachwelt erhalten bleiben.

Gefahren des Steinbruchs. In einem Steinbruch in Nachtsheim bei Mayen ereignete sich ein schweres Unglück. Bei der Herabführung eines Sprengschusses ging der Schuß zu früh los und verletzte die drei dabei beschäftigten Arbeiter. Der eine erlitt eine Gefäßerschütterung, der andere eine Bauchquetschung, während der dritte derartige Verletzungen im Gesicht davontrug, daß mit dem Verlust des Augenlichtes zu rechnen ist.

Zur Fleischsteuerung. Die Mittlere Preisprüfungsstelle Berlin hat festgestellt, daß die Bruttoverdienstspanne der Metzger bei Rindfleisch über 26 Prozent und bei Schweinefleisch über 15 Prozent beträgt und gefordert, daß die Verdienstspanne unbedingt auf 15 Prozent zu ermäßigen ist. Demgegenüber erklären die Metzger, sich an der Forderung der Preisprüfungsstelle wenig zu stören. Es wird den Organen der Wucherbekämpfung also nichts anderes übrigbleiben, als die festgestellten Ueberschreitungen der Verdienstspanne den Gerichten zu übergeben. Hier werden die Schlächtermeister den Nachweis führen, daß sie mit der Verdienstspanne von 15 Prozent nicht auskommen und existieren können und es ist zu befürchten, daß die Gerichte den Schlächtermeistern Recht geben werden. Wie aber der Verbraucher angesichts der hohen Preise und der niedrigen Löhne existieren soll, danach fragen weder Schlächtermeister noch Justiz. Es erhebt sich die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit ist, zu einer wirklichen Wucherbekämpfung zu kommen? Wie weit ist die Regierung überhaupt in der Verwirklichung des Plans gekommen, das Gefrierfleisch durch Verkauf in Läden gemeinnütziger Organisationen zu einem Druck der Fleischpreise zu verwenden?

Ursachen der Fleischsteuerung. Die Landwirtschaft führt augenblicklich alle möglichen Gründe ins Feld, um die ungeheure Fleischpreissteigerung zu erklären. Insbesondere weist man auf den Mangel an Schweinen hin, der für die Steigerung der Schweinefleischpreise, die überhaupt keine Grenzen mehr zu kennen scheinen, verantwortlich sein soll. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Die

Defizientlichkeit, der man jeden Tag von der Schweinefleischsteigerung erzählt, wird nicht wenig überrascht sein zu erfahren, daß die Zahl der im Deutschen Reich stattgefundenen beschlachten Schlachtungen größer ist als im Jahre 1924. Nach den Veröffentlichungen des statistischen Reichsamtes betrug die Zahl der beschlachten Schlachtungen im zweiten Vierteljahr 1925 rund 2 822 720 Schweine gegenüber 2 211 930 im zweiten Vierteljahr 1924 und 3 808 858 im zweiten Vierteljahr 1913. Danach sind im zweiten Vierteljahr 1925 rund 25,9 Prozent Schweine (beschlachten) weniger geschlachtet worden als zu derselben Zeit 1913. Gegenüber 1924 ist aber festzustellen, daß sich die Zahl der beschlachten Schweineschlachtungen um 27,62 Prozent gesteigert hat. Der Hinweis der Landwirtschaft, daß im laufenden Jahr infolge der angeblich zu niedrigen Preise für Schweine weniger Schweine großgezüchtet wurden als im Vorjahre, trifft also nicht zu, er wird durch die reichstatistischen Feststellungen glatt widerlegt. Die Schweinepreissteigerung ist also nicht in natürlichen Ursachen begründet, sondern stellt sich als glatte Auswucherung der Bevölkerung dar.

In welchem Maße diese Auswucherung vor sich geht, wird man wohl aus der Tatsache ersehen, daß im Jahre 1925 der Verkaufspreis für Fleisch 45 Prozent des Einstandspreises ausmacht, gegen 25 Prozent im Frieden. Es liegt also eine Verteuerung von glatte 80 Prozent vor. Diese kann man nicht durch Hinweise auf die gestiegenen Frachten und Schlachthofgebühren, die jetzt allerdings doppelt so hoch sind als im Frieden, erklären. Es muß unbedingt eine Ueberzeugung und Preisüberzeugung vorliegen, die nichts anderes als glatte Wucher ist.

Man kommt den Dingen näher auf die Spur, wenn man folgenden berücksichtigt: Nach amtlichen Feststellungen waren auf den Berliner Viehhöfen im Jahre 1914 238 Großschlächter tätig, im Jahre 1925 aber 1400 Großschlächter. Alle diese Leute wollen leben und wollen besser leben als vor dem Kriege. Braucht man noch eine Erklärung für die gegenwärtigen Wucherpreise? Regierung und Industrie haben in ihren Betrieben schonungslos Beamte, Arbeiter und Angestellte abgebaut, angeblich, weil sie überflüssig waren. Gerade die Privatwirtschaft hat diesen Abbau immer gefordert, um den Wirtschaftskreis und Staatsapparat wieder rentabel zu machen. Wie denken diese Kreise heute über den Abbau in ihren Reihen? Und will die Regierung gar nichts tun, um diese Ueberfüllung, die jede Rentabilität unterdrückt und sich in einem unerhörten Preiswucher äußert, zurückzuführen?

Ergebnisse der Getreideernte. Deutschland kann in diesem Jahr eine gute Ernte verzeichnen. Die vorläufige Schätzung der Getreideernte in Deutschland ergibt einen wesentlich höheren absoluten und relativen Ertrag für das Wintergetreide als im Vorjahre. Die Erntemenge wird für Weizen auf 26,4 Mill. Doppelzentner gegen 20,9 Mill. Doppelzentner 1924 und für Roggen auf 75,3 Mill. Doppelzentner gegen 55,8 Millionen Doppelzentner im Vorjahre angegeben. Der Ertrag des Sommergetreides weist keine Steigerung gegenüber dem Vorjahre auf.

An Schriftführer und sonstige Korrespondenten, die mit der Redaktion in Verbindung stehen.

Jede Mitteilung, die zur Veröffentlichung bestimmt ist und örtliche oder bezirksliche Verbandsangelegenheiten oder betriebliche Verhältnisse berühren, muß unter dem Zahlstellenstempel die Gegenseignung des örtlichen Vorsitzenden aufweisen. Einzelne Vorkommnisse in neuerer Zeit veranlassen die Redaktion, diese alte Regel streng zu beachten.

Die es außer der Redaktion auch angeht, wollen es ebenfalls nicht übersehen, damit Unstimmigkeiten vermieden werden.

Soll der Gewerkschafter sparen und wo soll er sparen? Allenfalls im Lande macht sich eine lebhaft propagandistische, insbesondere der kommunalen und privaten Sparklassen zur Wiederbelebung des Spartriebes bemerkbar. Anscheinend ist es der rührigen Werbetätigkeit gelungen, auch wieder eine größere Anzahl von Sparern zu gewinnen. Angesichts dieser Sachlage erhebt sich für den Gewerkschafter die Frage, ob und wo er sparen soll. Es ist allgemein bekannt, in wie erheblichem Maße vor dem Kriege Spargelder als Kapital der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestanden haben. Man darf die Summe der Spareinlagen, die zweifellos zum allergrößten Teil auf Beiträgen der Arbeitnehmererschaft beruhten, auf etwa 20 Milliarden Mark veranschlagen. Das ist eine auch für damalige Verhältnisse ganz bedeutende Summe, die zeigt, welche Macht auch im kapitalistischen Sinne der geschlossenen Arbeitnehmererschaft innewohnt.

Gewiß sind heute die Lohn- und Gehaltsverhältnisse in der weitestgehenden Mehrzahl der Fälle nicht so, daß es leicht wäre, noch Ersparnisse zu machen. Und doch wird jeder vorjorgliche Arbeitnehmer daran denken müssen, irgendwie für besondere Ausgaben und darüber hinaus nach Möglichkeit für die Zeit der nicht mehr vorhandenen oder doch geminderten Arbeitsfähigkeit einen Notpfennig zurückzulegen. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind auch bereits wieder dazu übergegangen, zu sparen. Wenn wir uns aber vor Augen halten, welchen relativ bedeutsamen Faktor die Spargelder der Arbeitnehmererschaft für das deutsche Wirtschaftsleben spielen können, so ergibt sich für uns automatisch die Forderung, daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, daß diese Spargelder auch an solchen Stellen gesammelt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß ihre Verwendung in einem Sinne erfolgt, die den Interessen der Arbeitnehmererschaft entspricht.

Wir sind heute so weit, daß wir ein eigenes leistungsfähiges Finanzinstitut in der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. zur Verfügung haben. Freilich mangelt es unserer Bank noch an einem weit ausgebreiteten Filialnetz, das sicherlich für alle unsere Bestrebungen, insbesondere auch für die Spartätigkeit sehr wünschenswert wäre.

Indessen hat die Bank es sich angelegen sein lassen, einen Plan aufzustellen, wie auch bereits jetzt, ehe noch das Filialnetz ausgebaut ist, ein Sparverkehr über das ganze Reichsgebiet ausgebaut werden kann. Genaue Vorschläge darüber sind dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und durch seine Vermittlung den Vorständen der einzelnen Verbände zugestellt worden. Darin sind insbesondere drei Arten des Sparverkehrs ertört, nämlich der Einzelsparverkehr unmittelbar mit der Bank, dann der Einzelsparverkehr durch Vermittlung von Vertrauensleuten des ADGB bzw. der Gewerkschaften und endlich der Sparmarktenverkehr. Die Vorstände der Verbände haben es übernommen, diese Vorschläge genau durchzuprüfen und sich in Kürze darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Form für den Bereich ihres Verbandes die Arbeit praktisch aufgenommen werden kann.

Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern, sich dieser Frage recht nachdrücklich anzunehmen zu wollen und dafür zu sorgen, daß im weitesten Umfange die Verbände ihre Mitwirkung der Einrichtung dieses Sparverkehrs sichern, damit eine weitere Grundlage für die Zusammenschaltung der starken wirtschaftlichen Kräfte der Arbeitnehmererschaft geschaffen wird. Wir alle müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß unser Geld nur unserer Bank zur Verfügung gestellt werden kann, die die Gewähr dafür gibt, daß es auch im Sinne unserer Ziele Verwendung findet.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Halle wurden wegen Streikbruchs folgende Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen: Der Steinseher Richard Siegmund, die Steinmehlen Gustav Engelschmidt und Otto Kögler.

Berichtigung des Verbandsprotokolls. Das Verbandsprotokoll läßt auf Seite 79 den Kollegen Knoll folgendes sagen: „Die

Ausgabe von 100 Mk. monatlich für einen Angestellten ist viel mehr wert, als 1000 Mk. für einen Streik.“ Vorstehendes ist falsch wiedergegeben; Kollege Knoll hat ausgeführt: „Die Ausgabe von 100 Mk. für Agitation sind viel mehr wert, als 1000 Mk. für einen Streik.“ Den Lesern des Verbandsprotokolls dies zur Beachtung!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Breitenborn. Für den erblindeten Kollegen H. Sommer sind noch 47 Mk. eingegangen. Wilhelm Schaar.

Steinseherbranche 4. Gaubezirk. Die für den Steinseherberuf in Mitteldeutschland am 21. Juli 1925 abgeschlossene Lohnvereinbarung — für Steinseher 120 Pfg. und für Oktober 130 Pfg. — ist mit Wirkung ab 27. Juli 1925 seitens der Reichsarbeitsverwaltung allgemeinverbindlich erklärt worden. Sollten sich irgendwo Unternehmer weigern, diese allgemeinverbindlich erklärte Lohnvereinbarung anzuerkennen, so ist sofort der Gauleitung Mitteilung zu machen.

Steinseherbranche 5. Gau. Für die Zahlstellen des rheinisch-westfälischen Tarifbezirks findet am 20. September in Gelsenkirchen, Restaurant Franz Andree, Florastr. 93, eine Tarifbezirkskonferenz statt. Beginn der Tagung vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: 1. die Aufgaben der Berufskommissionen. 2. Die Ferienfrage. Jede Zahlstelle und Fachgruppe der Steinseher muß vertreten sein! Die Gauleitung: M. Kirfel.

Bremen. (Steinmehlen.) Infolge großen Arbeitsmangels werden reisende Kollegen in ihrem eigenen Interesse ersucht, Bremen zu meiden.

Cassel. Für die Ausgesperrten im Bezirk Cassel gingen weiter ein von Breitenborn 115,—, Dithem 97,50, Al.-Steinheim 10,—, Wiesbaden 30,—, Geilnau und Ebersgöns (d. Menges) 75,—, Altinglan 25,—, Biebrich 15,50, Rofsdorf (Voth) 55,—, Jul. 423,— Mark; bereits quittiert 1993,30 Mk., Gesamtsumme 2416,30 Mk. Allen Gebern wird hiermit bestens gedankt.

Die Bezirksleitung. Konrad Reiss.

Adressenänderungen.

- Gau (N.-W.): Bülow. Kass.: Willi Dres, Am Ausfall 4.
- Gau: Stendal. Borj.: Reinhold Mewes, Mühlenstraße 11. — Wollshagen. Borj.: Hermann Pahl, Nr. 171.
- Gau: Wunsiedel. Borj.: Ludw. Böllmann, Maximilianstr. 40.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Das Arbeitsgerichtsgesetz liegt in einem neuen Entwurf vor, der in einem Sonderdruck erschienen ist. Der Sonderdruck kostet nur 20 Pfg. das Stück. Bestellungen sofort aufgeben. Verlag: Gewerkschaftsartell, Leipzig, Zeiger Straße 32.

Die „Wirtschaftskurve mit Indezahlen der Frankfurter Zeitung“, seit 3. Jahrgang 1925. Frankfurter Sozietäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Einzelheft 2 Mk., Jahresabonnementspreis 7 Mk.

Vom Kleinen Brodhaus liegt Lieferung 5 und 6 vor. Jede Lieferung 1,90 Mk. Zehn werden erscheinen. Das Werk vollständig in Halbleinen gebunden 21. Mk., in Halbfanz 28 Mk. Der vorstehende Preis ist ein billigerer Subskriptionspreis, der nur bis Ende September d. J. gilt.

Man mag auch die jüngste Lieferung des „Kleinen Brodhaus“ aufschlagen wo man will, man findet überall interessante Anregungen; und man mag suchen was man will, man bekommt überall eingehend Auskunft. Auf 4 Seiten zusammengedrängt finden wir ein vollständiges Bild der Kunstgeschichte aller Länder und Völker, von der ägyptischen und babylonischen Kunst bis zum Expressionismus eines Kotschka, Pechstein und Van Gogh. Eine weitere Uebersicht „Infektionskrankheiten“ gibt genaue Angaben über Krankheitszeichen, Uebertragungsweise und Inkubationszeit sämtlicher ansteckenden Krankheiten. Außerdem erfahren wir, welche Körperteile betroffen werden, wieviel Prozent der Erkrankten sterben, welcher Bazillus als Erreger in Frage kommt, wann und von wem er entdeckt wurde usw. Ferner wird uns in einer übersichtlichen Darstellung ein klares Beispiel vom Aufbau eines „Kraftfahrzeugs“, wonach es auf der ganzen Welt 15¼ Millionen Personenautos gibt, wovon 13¼ Millionen allein auf die Vereinigten Staaten von Amerika entfallen.

Die sechste Lieferung bietet ebenfalls eine überreiche Fülle interessanter Stoffe in Wort und Bild. Wir machen zum Beispiel auf die Uebersicht „Hauptdaten der Weltliteratur“ aufmerksam, die mit 3000 v. Chr. beginnt und mit den wichtigsten dichterischen Erzeugnissen der Gegenwart endet. Eine prächtige Probe, wie der Kleine Brodhaus auch im Bild ganz unparteiisch über die Schöpfungen der Menschheit zu berichten versteht, sind die beiden Tafeln „Malerei“. Auf ihnen sind Darstellungen aus dem frühesten Altertum und sogar aus der Eiszeit vereinigt mit Schöpfungen der modernsten Kunstströmungen, unter denen eine Vertreibung aus dem Paradies auffällt. Ueberall, wo man hinschaut, findet man wertvollen Stoff in der neuesten Fassung. Auch diese Lieferung gibt die Ueberzeugung, daß der Kleine Brodhaus wirklich ein Handbuch des Wissens ist.

Anzeigen

Kollegen, Achtung! Wo kauft Ihr am besten Eure Berufskleidung? In prima Manchester, Tuchleder, Pilot usw. liefert dieselbe nach Maß in allerhöchsten Qualitäten Ernst Thiele, Zittau (Sachsen), Oertelplatz 5. Rabatt bei Sammelaufträgen — Zahlstellen erhalten 4 Wochen Kredit

Mehrere tüchtige Sandsteinmetzen stellt noch ein Carl Schilling, Haussteinwerke, Wünschelburg, Schlesien.

Mehrere Steinsetzergesellen für Reihenpflaster verlangt sofort A. F. Färber, Stettin Friedrich-Karl-Straße 4

Einige erfahrene Maschinen-Schleifer für Granit werden sofort für dauernde Beschäftigung eingestellt. Steinindustrie Kirchenlamitz-Bahnhof Andreas Roul sen. A.-G. in Kirchenlamitz-Bahnhof (Fichtelgeb.).

Tüchtige Granitsteinmetzen sucht R. Herbst, Aschersleben Provinz Sachsen.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingefandt werden.

In Berlin am 6. September der Steinseher Otto Zaher, 40 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Bunzlau am 4. September der Hilfsarbeiter Hermann Rehring, 66 Jahre alt, Herzschwäche.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Linke, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.